

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 22. Mai 2026



In dieser Ausgabe

Einführung eines
antragslosen
Kindergeldes

Bürokratierückbau im
Innenministerium

Entscheidung über
Apothekenreform

Pakt für den
Bevölkerungsschutz

Kurz&knapp: Einige
Termine der
Sitzungswoche in Bildern

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in Deutschland diskutieren wir über Reformen, und gleichzeitig dreht sich die Weltpolitik weiter.

Beim Besuch von US-Präsident Trump in China standen sich erstmals seit Jahren die beiden mächtigsten Männer der Welt wieder persönlich gegenüber. Unmittelbar danach empfing Xi den russischen Präsidenten Putin. Diese nicht nur symbolischen Bilder zeigen: Machtverhältnisse verändern sich – mit direkten Folgen für uns. Und es zeigt: Unser Einfluss in der Welt ist nur so groß wie unsere wirtschaftliche Stärke. Gerade die wirtschaftliche Lage ist allerdings derzeit unsere größte Sorge. Hohe Kosten, Unsicherheit und die Frage, wie es in den nächsten Jahren weitergeht – das beschäftigt Bürger und Unternehmen. Wenn wir nichts tun, wird am Ende die hart arbeitende Mitte die Rechnung zahlen – durch steigende Beiträge, weniger Wachstum und unsichere Arbeitsplätze.

Als CDU/CSU tun wir alles dafür, wieder Wachstum zu generieren. Und zwar Wachstum ohne neue Schulden. Vertrauen ist hierfür ein entscheidendes Element – aber dies entsteht nicht durch Debatten, sondern durch gelöste Probleme.

Wir haben dafür einen klaren Reformplan vereinbart: Wir stabilisieren die Beiträge in Gesundheit und Pflege. Wir konsolidieren den Haushalt. Wir entlasten die Bürger mit einer Steuerreform. Wir bauen Bürokratie ab. Und wir machen die Rente zukunftsfähig. Die entscheidende Antwort auf Populismus ist nicht Empörung, sondern Problemlösung.

Ich wünsche Ihnen schöne Pfingsten und alles Gute.

Ihr Hermann Färber

»»» EINFÜHRUNG EINES ANTRAGSLOSEN KINDERGELDES

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Einführung eines antragslosen Kindergeldes“, den wir diese Woche in 1. Lesung im Plenum beraten haben, soll das Kindergeld in Deutschland künftig automatisch nach der Geburt eines Kindes ausbezahlt werden, ohne dass die Eltern dafür einen Antrag stellen müssen.

Hierzu ist ein zweistufiges Verfahren vorgesehen:

- In einer ersten Stufe soll das Kindergeld antragslos ab dem zweiten Kind gezahlt werden, da die Familienkasse bekannte Daten aus der Kindergeldfestsetzung der erstgeborenen Kinder verwenden kann.
- In der zweiten Ausbaustufe soll das Verfahren auf erstgeborene Kinder ausgeweitet werden. Wenn der Familienkasse keine Kontoverbindung aus Zahlungen für ältere Kinder vorliegt, soll es die Möglichkeit der Hinzuspeicherung über die Identifikationsdatenbank des Bundeszentralamts für Steuern geben.



Die Möglichkeit zur antragslosen Kindergeldgewährung soll die Familienkasse dann nutzen, wenn alle entscheidungserheblichen Tatsachen bekannt sind, keine Zweifel an der Anspruchsberechtigung bestehen und eine Kontoverbindung bekannt ist. Damit sind wir in der Lage, Bürokratie abzubauen, ohne das zusätzliche Risiko ungerechtfertigter Auszahlungen einzugehen.

Die antragslose Festsetzung und Auszahlung des Kindergeldes soll unmittelbar erfolgen, nachdem für das Kind durch das Bundeszentralamt für Steuern die steuerliche Identifikationsnummer vergeben worden ist.

BÜROKRATIERÜCKBAU IM INNENMINISTERIUM <<<

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Staat einfacher, digitaler und erfolgreicher zu machen. Strukturen, Prozesse und Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung sollen dazu modernisiert werden.

Mit der am 1. Oktober 2025 vom Bundeskabinett beschlossenen „Modernisierungsagenda – für Staat und Verwaltung (Bund)“ hat die Bundesregierung einen Rahmen geschaffen, um die notwendigen Schritte gemeinschaftlich anzugehen.

Der Bundestag hat hierzu in dieser Woche ein Gesetz zum weiteren Bürokratierückbau im Bereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) beschlossen. Die neuen Regelungen sollen unter anderem Polizeibeamte von Verwaltungsaufgaben entlasten, Anordnungs- und Genehmigungsanforderungen, Prüf-, Auskunfts-, Berichts- und Benachrichtigungspflichten reduzieren sowie Arbeitsprozesse beschleunigen. Dadurch sollen Polizeibeamte sich mehr auf die polizeiliche Ermittlungsarbeit fokussieren können und von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

»»» ENTSCHEIDUNG ÜBER APOTHEKENREFORM

Ziel der in dieser Woche verabschiedeten Apothekenreform mit dem so genannten Apothekenversorgung-Weiterentwicklungsgesetz ist es, die Apotheken insgesamt wirtschaftlich zu stärken, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für inhabergeführte Apotheken zu verbessern und sie mit mehr Befugnissen auszustatten, um ein flächendeckendes Apothekennetz für eine wohnortnahe Arzneimittelversorgung der Bevölkerung zu erhalten.

Mit den vorgesehenen Maßnahmen werden öffentliche Apotheken vor allem im ländlichen Raum gestärkt und Apotheker können durch Bürokratieabbau ihre Versorgungsaufgaben mit mehr Eigenverantwortung und Flexibilität wahrnehmen. Zu den Maßnahmen gehören unter anderem erleichterte Voraussetzungen für die Gründung von Apothekenstandorten in abgelegenen Gebieten (Zweigapotheken), Regelungen zum vereinfachten Austausch von Arzneimitteln bei Nichtverfügbarkeit verordneter Arzneimittel sowie die Einräumung der Möglichkeit für die Länder, im Rahmen einer Erprobungsklausel in Sonderkonstellationen eine Vertretung von Apothekenleitungen durch erfahrene pharmazeutisch-technische Assistenten zu genehmigen.



Bildquelle: Canva.

Außerdem erhalten zukünftig öffentliche Apotheken weitere Aufgaben in der Gesundheitsversorgung, wie z.B.:

- Erweiterte Impfmöglichkeiten
- Blutentnahme bei Erwachsenen für Diagnosefragen
- Durchführung von Schnelltests
- Erbringung von pharmazeutischen Dienstleistungen im Bereich Prävention
- Abgabe von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln ohne ärztliche Verschreibung in begrenzten Situationen.

PAKT FÜR DEN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ <<<

Das Kabinett hat weitere Eckpunkte für den Pakt für Bevölkerungsschutz beschlossen.

Kern des Vorhabens ist ein 3-Säulen-Modell, bestehend aus Auftrag, Ausstattung und Ausbildung. Ziel des Paktes ist es, zivile Abläufe im Ernstfall zu definieren. Bis 2029 sollen unter anderem 1000 neue Spezialfahrzeuge und 110.000 Feldbetten angeschafft sowie bundesweit einheitliche Ausbildungsstandards für chemische, biologische, radiologische und nukleare Lagen (CBRN) etabliert werden.

Zur besseren Verzahnung von ziviler und militärischer Verteidigung wird im Bundesministerium des Innern zudem eine neue Stabsstelle „Kommando zivile Verteidigung“ eingerichtet.

Dieses Thema haben wir in dieser Woche auch im Rahmen einer Aktuellen Stunde diskutiert.

Kurz&knapp: Einige Termine der Sitzungswoche in Bildern

Themenschwerpunkte:

- Rund um den **EU-Beitritt der Ukraine**
- Insbesondere zentrale Vorbehalte und Bedenken im landwirtschaftlichen Bereich



Austausch mit S.E. Taras Kachka, dem ukrainischen Vizepremierminister für europäische und euro-atlantische Integration

Foto: Thomas Deutsch.



Themenschwerpunkte:

- Rund um **Entlastungsmöglichkeiten für Betriebe** des Lebensmittelhandwerks
- z.B. Anpassung des Arbeitszeitgesetzes

Austausch mit einer Delegation der Arbeitsgemeinschaft der Fachverbände des Lebensmittelhandwerks

Foto: Thomas Deutsch.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de